



HESSISCHER LANDTAG

25.03.2025

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Hessenfonds ist überflüssig – Marktwirtschaft statt Subventionspolitik

PL
→ WVA

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die zentralen Herausforderungen der hessischen Wirtschaft – wie Steuer- und Abgabenlast, Energiekosten, Fachkräftemangel und Bürokratismus – strukturelle Reformen statt staatlicher Sonderfonds erfordern.
2. Der Landtag lehnt den Hessenfonds ab, da er ineffizient ist, Mitnahmeeffekte erzeugt, Wettbewerb verzerrt und ideologisch gesteuert wirkt.
3. Der Landtag bekräftigt, dass funktionierende Märkte und unternehmerische Freiheit die beste Grundlage für Innovationskraft und Investitionsentscheidungen darstellen.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung der wirtschaftlichen Fehlentwicklung nicht wirksam begegnet – sichtbar am Personalzuwachs in den Ministerien und dem weitgehend erfolglosen Bürokratieabbau. Durch den Personalaufwuchs entzieht der Staat der Wirtschaft zusätzlich dringend benötigte Fachkräfte.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Wirtschaftspolitik auf die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen zu konzentrieren: niedrigere Steuerlast, bezahlbare Energie, weniger Bürokratie.
6. Der Landtag unterstreicht, dass einzelne Fördermaßnahmen wie der Hessenfonds nie flächendeckend gerecht wirken können und daher marktwidrige Ungleichbehandlungen mit sich bringen.
7. Der Landtag stellt fest, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, Bürgern ihre Nutzenpräferenzen vorzuschreiben. Subventionen wie etwa für E-Autos führen zu Fehlanreizen und behindern technologische Offenheit.
8. Der Landtag stellt fest, dass Investitionen in einem instabilen Umfeld mit schwacher Wettbewerbsfähigkeit ausbleiben – auch zinsverbilligte Förderprogramme wie der Hessenfonds ändern daran wenig. Denn nicht mangelnde Rentabilität, sondern falsche wirtschaftliche Rahmenbedingungen hemmen Investitionen.
9. Der Landtag spricht sich für eine Rückbesinnung auf das Leistungsprinzip, technologie-neutrale Entwicklung und die Stärkung des Mittelstandes durch marktwirtschaftliche Ordnungspolitik aus.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25.03.2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer
Dr. Frank Grobe**EA 26 03 2025**